

**Anhörung im Rechtsausschuss zum Thema
„Grenzen der Personensorge bei Beschneidungen an
einwilligungsunfähigen Jungen“:
Jerzy Montag verhindert gemeinsam mit Union und FDP die
Einladung eines negativ Betroffenen**

Die Liste der zu der Anhörung im Rechtsausschuss am 26.11. eingeladenen ExpertInnen löst große Verwunderung aus:

von elf geladenen Sachverständigen sprechen sich mindestens **acht** in bisherigen Äußerungen für eine Legalisierung von Zwangsbeschneidungen an Jungen aus.

Darunter sind zwei für zahlreiche medizinisch überflüssige Vorhautamputationen verantwortliche Ärzte, von denen kaum die Bereitschaft zu erwarten ist, ihr langjähriges Tun im Zusammenhang mit den Folgen und Spätfolgen zu sehen, mit denen zahlreiche Jungen und Männer u.U. ihr Leben lang konfrontiert sind.

Nur Prof. Merkel als Jurist und Dr. Hartmann als Präsident des Berufsverbandes der deutschen Kinder- und Jugendärzte werden vor Ort die Rechte ALLER Kinder auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung verteidigen.

Offenbar besteht die Absicht, „Beschneidungen“ Ausführende möglichst ungestört für ihr Tun werben und sich gegenseitig in der angeblichen Harmlosigkeit von Vorhautamputationen bestärken zu lassen– ungestört vor allem von denjenigen, an denen ungefragt eben solche Eingriffe ausgeführt wurden und deren Erleben derlei Behauptungen oft in Gänze widerlegt.

Welch wahrhaft absurde Veranstaltung!

Seit Wochen erklärt der

Facharbeitskreis Beschneidungsbetroffener im MOGiS e.V.

www.mogis-verein.de , dass diese Anhörung, wie schon zu viele Veranstaltungen zu dem Thema, zur reinen Farce werde, wenn alle, aber wirklich alle dort sprechen dürfen, egal wie *medizinisch widerlegt* ihre Thesen (ALLE europäischen Kinderarztverbände lehnen medizinisch nicht indizierte Vorhautamputationen entschieden ab!) oder *bestenfalls umstritten* ihre bisherigen Stellungnahmen u.a. in rechtlichen Fragen auch sein mögen.

Einzig die eigentlich Betroffenen, Männer, die unter den Folgen im Kindesalter aufgezwungener Vorhautamputationen leiden, werden mit aller Macht und unter Aufbietung politischer Tricks daran gehindert, ebenfalls von ihren Erfahrungen zu berichten.

In diesem Verfahren vorneweg agiert der rechtspolitische Sprecher unserer Bundestagsfraktion, **Jerzy Montag**.

Seine eigene Meinung zu dem Thema war von je geprägt von selektiver Wahrnehmung (noch im Juli verkündete er auf einer Podiumsdiskussion in München, er habe noch nie von unglücklich „Beschnittenen“ gehört) und abenteuerlichen Behauptungen (in einem von ihm unterschriebenen Antrag für die letzte Bayern-LDK war vom Vergleich mit Impfungen (!) die Rede und als einzige Quelle für weitere Verharmlosungen diente die American Academy of Pediatrics (AAP), die noch 2010 eine spezifische Form weiblicher Genitalverstümmelung zu empfehlen vorschlug).

Nun hat Jerzy gemeinsam mit seinen dafür zuständigen KollegInnen in Union und FDP **abgelehnt**, dass ein negativ Betroffener als zusätzlicher interfraktioneller Sachverständiger in die genannte Anhörung im Rechtsausschuss eingeladen wird. Mit dem von der bündnisgrünen Fraktion auf sein Betreiben hin entsandten Sachverständigen ist seine Position schon vertreten und folglich die Fraktion der „Pro-Beschneider“ auch von grüner Seite *noch weiter also sowieso schon* gestärkt – aber das scheint nicht genügend: jeglicher Versuch, negativ Betroffenen überhaupt *Gehör* zu verschaffen, wird offensichtlich in seinem Geltungsbereich schon vehement zu unterbinden versucht.

Liebe Leute, protestiert dagegen, dass eine immer stärker werdende grüne Position durch solches Handeln klare Missachtung erfährt!

Schreibt ihm, ruft ihn an, demonstriert, spricht ihn in Hannover an: dies ist ein Verrat an innerparteilicher Fairness und Verantwortung dafür, dass mittlerweile sich auch sehr viele Grüne klar für den alternativen Gesetzentwurf von Katja Dörner, Memet Kilic, Ulrich Schneider u.v.m. aussprechen, der die genitale und körperliche Selbstbestimmung auch von Jungen einfordert und von zahlreichen NGOs unterstützt wird:

zu nennen sind der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte, TERRE DES FEMMES, MOGiS e.V., die Giordano-Bruno-Stiftung, die IBKA!

Es geht hier weniger darum, welche Meinung frau/mann *selbst* zu diesem Thema vertritt – es geht schlicht um den Respekt *anderen Meinungen* gegenüber!

Die Betroffenen eines möglichen *Verbotes* hat man bereits ausführlich gehört - und man wird ihre Position ja auch in der Anhörung in Gestalt von *mindestens acht* Personen *erneut* hören -

nun ist es an der Zeit und eine Frage des politischen und menschlichen Anstandes, wenigstens *einen* Betroffenen der geplanten *Legalisierung* sprechen zu lassen: stellvertretend für die Männer, die als Kinder ungefragt Opfer dieses Eingriffs wurden und es oft ein Leben lang bleiben.

Victor Schiering, Betroffener, KV Nürnberg
Rene Becker, intakt, KV Düren